

Spannungsreicher Wandel

China am Ende der Ära Deng Xiaoping

Für die Entwicklung in China nach Deng Xiaoping gibt es verschiedene Szenarien: weiterer politischer Wandel mit stärkerer Demokratisierung, interne Machtkämpfe und Sieg der Reaktionäre, führende Rolle des Militärs. Die kommunistische Partei hat ihre bestimmende Rolle jedenfalls de facto eingebüßt und leidet unter massiven Erosionserscheinungen. Die Religionsgemeinschaften, nicht zuletzt die zahlenmäßig wachsenden christlichen Kirchen, haben Schwierigkeiten, mit dem gesellschaftlichen Wandel und seinen Herausforderungen zurechtzukommen.

Im Vorfeld des Gedächtnistages der Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz Anfang Juni zeigten chinesische Regierungsstellen eine auffällige Nervosität und Beunruhigung. Schon einige Wochen vor dem Jahrestag wurden verschiedene bekannte Regime-Gegner verhaftet. Unter ihnen befand sich eine Anzahl von Intellektuellen, Universitätsprofessoren und Journalisten, die kein anderes Zeichen ihrer Unzufriedenheit gegeben hatten, als in einem gemeinsamen Schreiben um Entlassung von inhaftierten Regime-Kritikern oder bessere Haftbedingungen bzw. Überprüfung der Verfahren zu bitten. Die 45 Unterzeichner des Manifests gehören oder gehörten der kommunistischen Partei an. In der großen Mehrzahl machten sie alle die Erfahrung, als Abweichler und Nonkonformisten von der herrschenden Partei verfolgt und verfemt worden zu sein.

Es mehren sich die Stimmen, die mit der offiziellen Bewertung der Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz 1989 als einem „konterrevolutionären Aufruhr“ nicht mehr einverstanden sind und eine Neubewertung einfordern. In den chinesischen Medien wurde über diese Aktivitäten nicht berichtet. Kritische Beobachter sind dabei durchaus einig, daß die Demokratiebewegung, die vornehmlich eine Bewegung unter den Studenten und städtischen Arbeitern war, zum damaligen Zeitpunkt über kein hinreichendes politisches Programm verfügte, um eine echte Alternative zum kommunistischen Regime zu bieten. Doch diese realistische Einschätzung der Möglichkeiten der Demokratiebewegung bedeutet kein Einverständnis mit den gewalttätigen Methoden, mit denen sie in Schranken gehalten und vernichtet wurde. Die Bewertung der Ereignisse, wie sie *Deng Xiaoping* in seinen „Ausgewählten Werken“ versucht hat, wenn er festhält, daß das gewaltsame Eingreifen damals notwendig war, um ein Chaos und einen Bürgerkrieg zu vermeiden, könnte dazu führen, nach dem Tod des greisen Führers ihm die Hauptlast der Verantwortung zuzusprechen.

Die Partei hat ihre Glaubwürdigkeit verloren

Auf dem Papier ist die Frage der Nachfolge eigentlich klar geregelt. Vor sechs Jahren wurde *Jiang Zemin* von *Deng Xiaoping* offiziell als Nachfolger und – wie es im Sprachgebrauch der Partei heißt – Kern der neuen Führungs-

generation bestimmt. Er verfügt als Generalsekretär der Partei (seit 1989), als Vorsitzender des Militärausschusses (seit November 1989) und als Staatspräsident (seit 1993) über die Schalthebel für alle wichtigen Machtzentralen. Trotzdem gibt es nicht wenige Stimmen, die davor warnen, die Frage der Nachfolge schon als definitiv geregelt anzusehen. Wegen seines großen Anteils an der Niederwerfung der Demokratiebewegung gilt Ministerpräsident *Li Peng* als politisch so stark mit Altlasten beschwert, daß er bei einem eventuellen Machtkampf nach dem Tod von *Deng* kaum Aussichten haben sollte, erfolgreich um die Spitzenposition kämpfen zu können. Bessere Karten werden dem Parlamentspräsidenten und ehemaligen Sicherheitschef, *Qiao Shi*, eingeräumt. Dagegen bleibt der ehemalige Ministerpräsident *Zhao Ziyang* weiterhin *persona non grata*, auch wenn er sich jetzt wieder in der Öffentlichkeit gezeigt hat.

Es ist nicht mehr zu übersehen, daß die kommunistische Partei Chinas es immer weniger versteht, sich als die bestimmende Kraft des Landes auf ideologischem und weltanschaulichem Gebiet zu präsentieren. Der politische, vor allem der sicherheitspolitische, Machtapparat funktioniert zwar weiterhin, aber als geistige Führungskraft hat die kommunistische Partei rapide an Glaubwürdigkeit verloren. Die immer noch bestehende enge Verzahnung zwischen staatlichen Institutionen und Parteiapparat wird zunehmend als Belastung empfunden. Auf praktisch allen Ebenen bestehen – parallel zur staatlichen Verwaltung – Parteistrukturen mit fast identischen Funktionen. Die in diesen Institutionen arbeitenden Personen sind daher auch oft identisch. Für Außenstehende ist nicht erkennbar, ob jeweils ein Staatsbeamter oder ein Parteikader aktiv ist. Neben der fehlenden Unterscheidung zwischen Staat und Partei hat dieses System auch eine personelle Aufblähung des Verwaltungsapparats mit großen finanziellen Belastungen zur Folge.

Verbunden mit dem Niedergang der kommunistischen Partei ist die *Herausbildung neuer Eliten* ein wichtiger Faktor für den gesellschaftlichen Wandel. Seit der Entstehung der VR China war der Zugang zu den Schaltstellen der Macht in der Politik, der Verwaltung, aber auch in Industrie und Wirtschaft von der Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei abhängig. Ausbildung und Fachkenntnisse spielten eine eher untergeordnete Rolle. Heute jedoch gewinnen Fachkenntnisse, nachgewiesene Führungs- und Durchsetzungskraft im-

mer mehr an Bedeutung. Alte Parteikader haben es daher zunehmend schwerer, die Autorität ihrer oft herausgehobenen Positionen zu wahren, weil sie in der Ausübung ihrer Macht immer häufiger an die Grenzen ihrer mangelnden Qualifikation stoßen. Die Cliquenwirtschaft der alten Kader wird zunehmend zur Bedrohung des Fortbestandes vieler unrentabler Staatsbetriebe.

Die zurückgehende Bedeutung und Attraktivität der Partei-zugehörigkeit hat zur Folge, daß die kommunistische Partei Chinas, die früher in der Auswahl ihrer Mitglieder strenge Maßstäbe anlegen konnte, es zunehmend schwerer hat, neue fähige Mitglieder zu rekrutieren. Auch das Interesse an Parteiaktivitäten seitens der Mitglieder hat stark nachgelassen. Es wird berichtet, daß in einigen Provinzen Sitzungsgelder für Parteiveranstaltungen gezahlt werden, um die Teilnahme auf diese Weise attraktiver zu machen. In den ländlichen Gebieten ist der Fortbestand des kommunistischen Jugendverbands gefährdet, da sich kaum noch Jugendliche für die Mitarbeit in der Partei und für Schulungsseminare gewinnen lassen.

Der Trend in der chinesischen Gesellschaft geht in die Richtung einer zunehmenden Individualisierung, vor allem bei der Jugend, die sich in Kleidung, Musik, Freizeitgestaltung gegen die traditionellen Werte der sozialistischen Moral wenden, wie sie die kommunistische Partei Jahrzehnte hindurch propagiert hat. Die Texte der jungen chinesischen Rock-Musik drücken diesen Geist des Protestes deutlich aus. So heißt es in einem Lied einer jungen chinesischen Rocksängerin: „Ich muß nicht wie alle sein. Bringt mir bitte keine Pflichten bei. Herumkommandieren lasse ich mich sowieso nicht, und Fragen, wie meine Zukunft aussieht, könnt ihr euch gleich sparen. Denn ihr helft mir sowieso nicht. Auch wenn wir auf euch wie Idioten wirken, wir haben unser eigenes Paradies!“ (dt. Übersetzung von Thomas Heberer). Genüßlich merkt die in Taiwan erscheinende Zeitschrift „Inside China Mainland“ an: „Eine Glaubenskrise unterminiert die Basis der kommunistischen Partei Chinas!“ Auch die partei-interne Diskussion dreht sich um die Frage, inwieweit die gegenwärtigen ideologischen Ermüdungserscheinungen nur eine vorübergehende Krise oder eine grundsätzliche Abkehr von den leitenden Ideen und Zielvorstellungen eines chinesischen Weges zum Sozialismus darstellen. Die von Deng Xiaoping vertretene Linie des Pragmatismus mit den Slogans: „Lernen aus den Tatsachen“, und der ideologisch noch viel verheerenderen Feststellung: „Es ist egal, ob die Katze schwarz, grau oder wie immer ist. Hauptsache, sie fängt Mäuse!“ haben von einem ideologischen Überbau nicht mehr viel übrig gelassen. Mit dem designierten Nachfolger Jiang Zemin ist dieser Kurs fortgesetzt worden. Von ihm sind keinerlei zündende ideologische Gedanken oder Kampagnen bekannt geworden.

An die Stelle der kommunistischen Ideologie scheint eher der *Nationalismus* zu treten. Die Einstellung, China in den Mittelpunkt der Welt zu rücken, liegt nun einmal auf der Linie der geschichtlichen Kontinuität des Landes der Mitte.

Dieselbe Betonung von historischer Kontinuität kann man auch in Äußerungen der politischen Führungsschicht zu Konfuzius und zum Konfuzianismus beobachten. *Jiang Zemin* z. B. hat bei einer internationalen Konferenz zum Konfuzianismus, bei der es um die Frage ging, inwieweit dieser zur Modernisierung Chinas beitragen könne, sich lobend zu Konfuzius geäußert: „Konfuzius war ein großer Denker des chinesischen Altertums, seine Gedanken sind wertvolles kulturelles Erbe unseres Landes.“ Diese Äußerungen sind weit entfernt von der radikalen Verurteilung, mit der Konfuzius und sein Gedankengut während der Kulturrevolution als zu den „Vier Alten“ gehörig abgetan wurden. Die Verwüstung der Grabstätte des Konfuzius und seiner Familie in Qufu während dieser Zeit war symptomatisch für diesen Versuch, sich ein für allemal des Ballasts des Gedankenguts des Konfuzius zu entledigen.

Eine andere Quelle ideologischer Bauchschmerzen für die kommunistische Partei Chinas ist die zunehmende Zahl von Parteikadern, die sich einer Religion anschließen. Die interne Disziplinarkommission der Partei beziffert den Anteil dieser in ihren Augen abweichenden Parteimitglieder mit immerhin 7–9 Prozent in den Großstädten und in den Küstenprovinzen. Erschwerend kommt für die für die Disziplin in der Partei Verantwortlichen hinzu, daß der Anteil von Intellektuellen unter den Angehörigen der Religionen um ein Mehrfaches höher ist als innerhalb der Partei. Als Reaktion darauf hat die Disziplinarkommission scharfe Richtlinien erlassen, in denen angeordnet wird, daß jedes Mitglied, das sich einer Religion anschließt, aus der Partei ausgestoßen werden solle; sogar Personen, die nur an einer religiösen Zeremonie teilgenommen hätten, sollte der Laufpaß gegeben werden. In der Direktive werden religiöse Organisationen mehrfach in einen engen Zusammenhang mit staatsfeindlichen ausländischen Organisationen gebracht. Das Dokument selbst ist aber eher ein Ausdruck der allgemeinen ideologischen Schwäche der Partei.

Erhebliche Spannungen zwischen Zentrum und Peripherie

Das wirtschaftliche Wachstum und die damit verbundenen strukturellen Änderungen betreffen im wesentlichen die Provinzen Chinas in der Küstenregion. Die im Westen und im Inneren gelegenen Provinzen sind nur in geringem Maß am Wirtschaftswachstum und seinen Segnungen beteiligt. Die Folge ist, daß sich das Gefälle zwischen reichen und armen Provinzen und Regionen vertieft. Zugleich wachsen auch die Spannungen zwischen dem Zentrum und der Peripherie. Die selbstbewußt auftretenden Regionen im Süden und Osten lassen sich nur ungern Vorgaben seitens der Zentralregierung in Beijing machen. Noch zurückhaltender ist ihre Bereitschaft, sich mit Steuerabgaben an das Zentrum für die armen Provinzen und deren Entwicklung zu engagieren. Die Zahlungsmoral der reichen Provinzen bei den

Steuern ist ausgesprochen schlecht. Durch Manipulationen der Wirtschaftsstatistiken – so werden Verluste überhöht und Gewinne herabgesetzt – wird die Zentralregierung um ihr an sich zustehende Steuerabgaben betrogen.

Die Anstrengungen der Zentralregierung, die strikte Kontrolle über alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens wiederzugewinnen, stoßen auf immer stärkere Widerstände. Es zeigen sich wieder Tendenzen, die in der chinesischen Geschichte oft zu beobachten waren, daß Maßnahmen und Kontrollen der zentralen Macht durch den Aufbau von lokalen Untergrundorganisationen begegnet wird. Es gibt nicht nur auf dem religiösen Gebiet das Phänomen der *Untergrundkirchen*, d. h. religiöse und kirchliche Aktivitäten außerhalb des offiziell gestatteten und kontrollierten Bereichs. Es entstehen auch so etwas wie *Untergrundgewerkschaften*, lose Organisationsformen von Arbeitern, die gemeinsam für ihre Interessen und Rechte eintreten. Ebenfalls gibt es eine Art *Untergrundzusammenschluß der Privatunternehmer*, die sich bei bestimmten Problemen der Marktstrategie und der Produktion untereinander abstimmen und gegenüber Maßnahmen der Regierung gemeinsame Strategien vereinbaren.

Offiziell hat sich die Politik der Regierung, die die Freiheit der Bürger der VR China stark einschränkt und den Umzug von einer Provinz in die andere, bzw. vom Land in die Stadt von vielen Vorbedingungen und Genehmigungen abhängig macht, nicht geändert. Nur mit diesen administrativen Vorgaben war und ist es möglich, offiziell einen neuen Wohnsitz zu beziehen und die nötigen Papiere und Gutscheine für bestimmte Waren zu bekommen. De facto lassen sich aber immer deutlicher Phänomene einer sich verstärkenden *Landflucht* beobachten. Zahlreiche Bauern verlassen ihre Felder und suchen in den Städten nach Beschäftigung und Einkommen. Einige kommen nur für ein paar Monate und kehren zu den Stoßzeiten der Saat und Ernte in ihre Dörfer zurück. Andere haben ihre Felder an Verwandte und Freunde verpachtet, die die zusätzliche Arbeit der Bewirtschaftung übernehmen, und sind auf Dauer in die Städte gezogen. Es sind natürlich eher die jungen und aktiven Bauern, die diesen Schritt tun, mit der Folge, daß in den Dörfern immer häufiger die Alten, junge Frauen und die Kinder zurückbleiben.

Die großen Städte versuchen, auf die wachsende Belastung der städtischen Dienstleistungen durch diese inoffiziellen Zuwanderer auf typisch chinesische Weise zu reagieren, indem sie eine „städtische Unterbringungssteuer“ (urban accommodation fee) einführen, mit der die legal eigentlich nicht existierenden Zuwanderer belastet werden, um den Städten die finanziellen Mittel zu verschaffen, mit der Mehrbelastung der städtischen Haushalte fertigzuwerden. Für die Landwirtschaft hat diese Entwicklung ebenfalls negative Folgen. Bis vor einigen Jahren war es die besondere Stärke der chinesischen Landwirtschaft, dank der schier unbegrenzten Menge an menschlichen Arbeitskräften eine intensive Nutzung der Anbauflächen zu betreiben. Heute erzwingt

der Mangel an Arbeitskräften die Zusammenlegung von Flächen zu größeren Anbaugeländen, auf denen sich nur mit Einsatz von immer mehr Maschinen, Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmitteln die Höhe der Ernteerträge halbwegs halten läßt.

Wachsende Arbeitslosigkeit und Inflation

Es gibt heute in der VR schon fast 50 Millionen Privatbetriebe. Im industriellen Sektor beträgt ihr Anteil etwa ein Drittel, während er im Dienstleistungsbereich schon über 50 Prozent ausmacht. Zwar gilt offiziell weiterhin, daß Privatpersonen kein Grundstückseigentum erwerben können, weil aller Grund und Boden im Besitz des Staates ist. Doch wird dieser eherne Grundsatz de facto immer mehr ausgehöhlt. Offiziell werden den Bauern bestimmte Ländereien nur zur Bearbeitung zugewiesen. Doch immer mehr Bauern gehen dazu über, ihnen zugewiesene Ländereien zur Bearbeitung an andere Bauern weiterzuverpachten. Immer häufiger bauen sie sich ein größeres Haus auf den ihnen zugewiesenen Grundstücken, wobei ihnen nach der gesetzlichen Regelung das Eigentumsrecht nur für das errichtete Gebäude zusteht, Grund und Boden dagegen im staatlichen Besitz verbleiben. Die Bauern sehen dies aber ganz anders, wie ihr Vorgehen beweist, wenn sie z. B. angehenden Unternehmern aus der Stadt Grundstücke zur gewerblichen und privaten Nutzung verkaufen. Diese Transaktionen finden immer häufiger statt, obschon die gesetzliche Grundlage dafür nicht gegeben ist.

Die Parteikader beteiligen sich auf ihre Weise am Spiel mit dem Kapitalismus, bei dem das große Geld zu machen ist. Sie nutzen ihre Stellung im Parteiapparat, um für sich selbst neue Betätigungsfelder in der Privatwirtschaft zu eröffnen. Solange sie ihre Klientel, sprich die Dorfgemeinschaft, in mehr oder weniger angemessener Weise an den Segnungen des Kapitalismus teilhaben lassen, stößt dieses Vorgehen auf keinen Widerspruch bei der Bevölkerung. Die Parteizentralen sehen sich offensichtlich immer häufiger außerstande, diesem Verfall der sozialistischen Moral und der Parteidisziplin noch wirksam entgegenzutreten. Auch die Volksbefreiungsarmee, die andere Säule der Macht, ist äußerst aktiv an diesem Spiel beteiligt. Mit ihren zahllosen Industrie-, Handels- und Transportunternehmen ist sie insgesamt der größte Unternehmer und Arbeitgeber im Lande. Ideologisch verläßlich sind am ehesten Parteikader und Militärführer in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Randgebieten im Westen und Innern des Landes.

Nimmt man die offiziellen Zahlen, die die chinesische Regierung veröffentlicht, dann ist Arbeitslosigkeit kein wirkliches Problem in China. 1991 soll es nur 100 000 Arbeitslose gegeben haben, die bis 1994 auf immerhin 1,87 Millionen angewachsen sind. Andererseits wird die Zahl derer, die auf dem Lande als „Arbeitsreserven“ – ein Euphemismus für Arbeitslose – bezeichnet werden, weil sie de facto so gut wie keine Beschäftigung haben, auf immerhin fast 200 Millionen

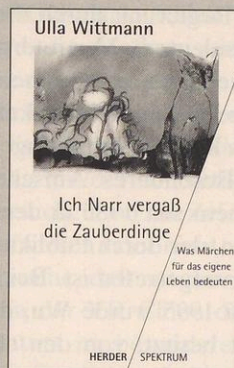
geschätzt. Neben der wachsenden Arbeitslosigkeit macht der chinesischen Regierung die *Inflation* am meisten zu schaffen. Für das Jahr 1994 wird eine Inflationsrate von 21,4 Prozent angegeben. Trotz verstärkter Anstrengungen liegt sie für die erste Hälfte des Jahres 1995 immer noch bei 19 Prozent. Durch die Vielzahl von unausgewogenen Investitionen auf verschiedenen Ebenen des Landes, der Regionen und einzelner Städte haben sich die Preise durchweg erhöht. Besonders schmerzhaft sind die Steigerungen der Lebensmittelpreise, die in den Städten zunehmend zu Unruhen unter der Bevölkerung führen.

Als Gegenmaßnahme hat man in einer Reihe von chinesischen Großstädten wieder Bezugsscheine für bestimmte Grundnahrungsmittel für die ordentlich gemeldete Bevölkerung der jeweiligen Städte ausgegeben, die erst vor zwei Jahren im Zuge der Liberalisierung abgeschafft worden waren. Der für die Wirtschaft zuständige stellvertretende Ministerpräsident, bis Juni 1995 auch Vorsitzender der People's Bank of China, *Zhu Rongji*, versucht trotz vieler Proteste an der Politik des knappen Geldes festzuhalten, um ein Überhitzen der Wirtschaft zu verhindern. Größere Sicherheit für ausländische Finanzinvestitionen wurde durch die Verabschiedung eines Zentralbank- und eines Geschäftsbankengesetzes erreicht. Noch nicht in Angriff genommen wurde dagegen die Sanierung der Staatsbetriebe, die auf der einen Seite auf dem Weg zu einer echten Marktwirtschaft unausweichlich ist, aber andererseits sicher zu erheblichen sozialen Spannungen führen wird, da sie ohne einen riesigen Abbau von Arbeitskräften nicht zu realisieren ist.

Am 8. März dieses Jahres stand bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf ein von den USA und der Europäischen Union eingebrachter Antrag zur Abstimmung, in dem die VR China wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt werden sollte. Bei der Abstimmung wurde dieser Antrag mit 21 gegen 20 Stimmen zurückgewiesen. China bekam die Unterstützung der Länder der Dritten Welt und Rußlands, das in letzter Stunde noch die Seiten gewechselt hatte. Immerhin war dies die knappste Entscheidung, die in Sachen Menschenrechte jemals gegen die VR China bei den Vereinten Nationen getroffen wurde. Vorausgegangen war eine heftige Kampagne der chinesischen Regierung, die mit Briefen von Ministerpräsident Li Peng an die Regierungschefs von Deutschland, Frankreich und Spanien unter Androhung großer negativer Folgen davor gewarnt hatte, für eine Verurteilung Chinas zu stimmen.

In der Diskussion in Genf – vor der Abstimmung – hatte der chinesische Vertreter *Jin Yongjian* mit Blick auf die Länder der Dritten Welt argumentiert, daß die westlichen Länder die Menschenrechtsfrage nur als Vorwand benutzten, um sich in die inneren Angelegenheiten der Entwicklungsländer einzumischen. Nach dem Ende des Kalten Krieges dienten die Menschenrechte als der Hebel, um die Vorherrschaft des Westens gegenüber den Ländern der Dritten Welt aufrechtzuerhalten. Dabei würden die Menschenrechtsverletzungen in den eigenen Ländern geflissentlich übersehen.

Das Taschenbuch mit Linie



**Band 4428, DM 18,80
öS 147,-/ SFr 18.80**

Inspiriert von C. G. Jung entschlüsselt Ulla Wittmann verborgenes Wissen bekannter Märchen.



**Band 4355, DM 19,80
öS 155,-/ SFr 19.80**

Die faszinierende Welt der Engel: Eine aufregende spirituelle Wiederentdeckung unserer Zeit.



**Band 4368, DM 16,80
öS 131,-/ SFr 16.80**

Informationen zum Phänomen „Hyperaktivität“: Erfahrungsberichte und Tips zur Selbsthilfe.



**Band 4389, DM 14,80
öS 116,-/ SFr 14.80**

Düfte, Lieder, Lichter – Weihnachten weckt Erwartungen. Geschichten und Erfahrungen.



**Band 4380, DM 14,80
öS 116,-/ SFr 14.80**

Über die Farbigkeit und Widersprüchlichkeit, die kleinen und großen Wunder im Alltag Israels.



**Band 4386, DM 16,80
öS 131,-/ SFr 16.80**

Spannende Einblicke in Verschlussachsen der geheimnisumwitterten Organisation.

HERDER / SPEKTRUM neu im September

Andererseits hat die chinesische Regierung durch die Verhaftung von prominenten Dissidenten Vertretern von Menschenrechtsorganisationen wieder neue Argumente für deren Vorwurf geliefert, daß abweichendes Denken und öffentliches Protestieren in der VR mit Verhaftungen und Arbeitslager geahndet werden. Besonderes Aufsehen erregte der Fall von *Harry Wu*, einem seit 1985 in den USA lebenden chinesischen Dissidenten, der durch Publikationen über chinesische Arbeitslager hervorgetreten ist. Bei einem Besuch in der VR China im Juni 1995 wurde Wu, der die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, von den chinesischen Behörden wegen Spionage verhaftet.

Im Vorfeld des Besuches von Staatspräsident Jiang Zemin vom 11. bis 15. Juli 1995 in Deutschland wurde vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bekanntgemacht, daß Deutschland der VR China Entwicklungshilfegelder in Höhe von 233 Millionen DM zur Verfügung stellen wird. In einem Zusatz wird fast schamhaft festgehalten, daß im Laufe der damit gegebenen Verhandlungen auch die Notwendigkeit einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in China zur Sprache gebracht worden sei. Mit einer solchen Erklärung können offensichtlich alle leben. Die Chinesen werden es mit Gelassenheit hinnehmen, und die deutsche Seite hat ihr Gesicht (und die entsprechenden Geschäftsaussichten) gewahrt. Der deutsch-chinesische Handel ist in den letzten beiden Jahren deutlich gewachsen. Die deutschen Exporte nach China sind von 5,7 Milliarden DM im Jahre 1992 auf 10,2 Milliarden DM im Jahre 1994 gestiegen. Die chinesischen Importe sind noch stärker gewachsen; sie beliefen sich 1994 auf 15,4 Milliarden DM, womit die VR China unter den deutschen Handelspartnern mittlerweile auf Platz 11 der Importländer und auf Platz 15 der deutschen Exportländer gerückt ist. Die „Far Eastern Economic Review“ aus Hongkong kommentierte den Besuch von Jiang Zemin in Deutschland unter der Überschrift: „Die Deutschen vermeiden, daß Politik den Handel mit China beeinträchtigt“ (FEER, 27.7.95), um herauszustellen, daß bei Handelsabschlüssen der deutschen Wirtschaft in Höhe von 1,7 Milliarden US-\$ die Abstinenz in Menschenrechtsfragen sich bezahlt gemacht hätte.

China und seine Nachbarn

Als außenpolitische Konfliktfelder für die VR China sind zunächst die Spannungen um die Spratly-Inseln zu nennen. Sie begannen, als im Jahr 1968 Erdöl im Bereich der vielen kleinen Inseln und Atolle entdeckt worden war. Seitdem haben die VR China, die Philippinen, Vietnam, Brunei und Indonesien Ansprüche auf diese Inseln angemeldet. Ende letzten Jahres hat die VR China auf einem der Atolle mit dem ominösen Namen „Unglücks-Riff“ (mischief reef) einen permanenten Militärstützpunkt errichtet. Vor allem die Philippinen fühlen sich bedroht, da dieses Riff nur 250 km von der philippinischen Insel Palawan entfernt ist. Als Reak-

tion sind die Philippinen dabei, sich militärisch zu verstärken, auch wenn sie mit einigen zusätzlichen kleinen Kriegsschiffen oder Flugzeugen kaum etwas Entscheidendes am ungleichen Kräfteverhältnis verändern können.

Besorgnis erregte nicht nur in den Philippinen, sondern auch international, der Test einer chinesischen Interkontinentalrakete am 29. Mai, bei der eine Rakete mit Festbrennstoff von einem Stützpunkt in der Provinz Xinjiang über 2000 km geschossen wurde. Die „Ost-Wind-31“ getaufte Rakete soll eine Maximalreichweite von 8000 km haben und in der Lage sein, einen 700 Kilogramm schweren Nuklear-Sprengkopf zu tragen. Diese Rakete ist eine bedeutende Steigerung des militärischen Potentials der VR China über den regionalen Bereich hinaus. Nur zwei Wochen vor dem Treffen des Regionalforums der ASEAN-Staaten in Bruneis Hauptstadt Bandar Seri Begawan veranstaltete die VR China Tests mit Boden-zu-Boden-Raketen über die Taiwan-Straße hinweg, die Taiwan ganz offensichtlich einschüchtern sollten.

Immerhin hat der chinesische Außenminister *Qian Qichen* bei der Konferenz in Brunei eine größere Transparenz in der chinesischen Verteidigungspolitik angekündigt, um mit dieser vertrauensbildenden Maßnahme Befürchtungen innerhalb der ASEAN-Staaten gegenüber der VR China entgegenzuwirken. In jüngster Zeit haben sich dagegen die russisch-chinesischen Beziehungen verbessert. Man könnte es symbolisch nennen, daß beim Besuch von Ministerpräsident Li Peng in Moskau im Juni 1995 der Bau einer Brücke zwischen Blagoweschtschensk und Heihe über den Amur, dem während der letzten Jahrzehnte immer wieder umkämpften Grenzfluß zwischen China und Rußland, beschlossen wurde. Andere Vereinbarungen während des Besuches, der in einer sehr freundschaftlichen Form stattfand, betreffen die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, besonders aber rüstungstechnischem Gebiet.

Die Erteilung eines Visums für den Privatbesuch des taiwanesischen Präsidenten *Lee Tenghui* im Juni 1995 durch die US-Regierung hatte scharfe Proteste der chinesischen Regierung zur Folge. Für sie bedeutet diese Maßnahme eine Aufwertung Taiwans und einen weiteren Schritt hin zu einer Zwei-China-Politik. Bei vorausgegangenen Anläufen, eine ähnliche Konzession seitens der amerikanischen Regierung zu erhalten, war Lee jeweils negativ beschieden worden. Auf Druck des inzwischen von einer republikanischen Mehrheit bestimmten Kongresses hat Präsident Clinton jetzt anders entschieden und Lee die Teilnahme an einer Feier an seiner Alma Mater, der Cornell-Universität im Staat New York, gestattet, bei der Lee eine Festrede gehalten hat. Zwar enthielt sich Lee Tenghui jeder weiteren öffentlichen Äußerung und gab keinerlei Interviews für die internationale Presse, doch die ihn begleitenden zahlreichen taiwanesischen Reporter berichteten in großer Ausführlichkeit und werteten in ihren Kommentaren den Privatbesuch ihres Präsidenten als Durchbruch aus der politischen Isolierung Taiwans.

Die *wirtschaftlichen Beziehungen* zwischen Taiwan und der VR China werden zwar von den politischen Querelen beein-

trächtig, haben sich aber in den letzten Jahren sehr kräftig entwickelt. Die Investitionen Taiwans auf dem chinesischen Festland werden mit 15–20 Milliarden US-Dollar angegeben – eine Größenordnung, auf die zu verzichten Beijing nicht leicht fallen dürfte. Auch ohne daß ein offizielles Handelsabkommen oder andere international bindende Abkommen vereinbart wurden, werden die gegenseitigen Geschäfte über Hongkong abgewickelt. Weitgehend fertige Pläne, direkte Verbindungen für Verkehr und Handel zwischen Taiwan und der gegenüberliegenden Provinz Fujian aufzunehmen, sind bisher daran gescheitert, daß Beijing nicht bereit ist, Taiwan als gleichberechtigte politische Einheit zu behandeln. Aber auch ohne diese Verbindungen sollen in der Provinz Fujian 3400 Betriebe von taiwanesischen Geschäftsleuten mit einem Investitionsvolumen von 5 Milliarden US-\$ gegründet worden sein. Pragmatische Verhandlungen zwischen Geschäftsleuten aus Taiwan und dem Festland verlaufen meist ohne größere Probleme. Ginge es nach den Wünschen der Wirtschaft und des Handels, stünde direkten Handelsbeziehungen und Flugverbindungen eigentlich nichts im Wege.

Im wesentlichen gibt es drei Szenarien, mit denen sog. Experten die zukünftige Entwicklung der VR Chinas nach dem Ende der Ära Deng Xiaoping umschreiben. Da ist zunächst die Prognose, daß es der neuen wirtschaftlichen und politischen Elite in China gelingen wird, das Land auf den Weg eines politischen Wandels in Richtung einer verstärkten Demokratisierung und generellen Offenheit zu führen. Das Gegenmodell geht von internen Machtkämpfen in China nach dem Tod Dengs aus, in denen die konservativen und reaktionären Kräfte der Partei die Oberhand gewinnen. Dies würde bedeuten, daß es zu einer Restauration der ideologischen Kräfte in der Partei kommt, die versuchen würden, China wieder auf einen Kurs zurückzuführen, für den die ideologischen Vorgaben der Partei allein bestimmend sein würden. Für die Wirtschaft würde das die Rückkehr zur Planwirtschaft und die Abschaffung von Privatbetrieben bedeuten – mit allen gesellschaftlichen Konsequenzen, die dies mit sich bringen müßte. Das dritte Szenario liegt auf der gleichen Ebene. Nur würde hier das Militär die treibende Kraft sein, sich in einem partei-internen Streit als Mittler einschalten und selbst die Macht übernehmen.

Die Kirchen stehen vor neuen Herausforderungen

Für die christlichen Kirchen bedeutet der rapide gesellschaftliche Wandel in der VR China eine gewaltige Herausforderung. Auf der einen Seite hat es eine gewisse Entspannung in der offiziell vom chinesischen Staat und der Partei vertretenen Religionspolitik gegeben. Es ist bezeichnend für die neue Situation, daß die der Akademie der Sozialwissenschaften in Beijing angeschlossenen „Institute für die Weltreligionen“ im Oktober 1994 zusammen mit der von der protestantischen Kirche getragenen „Amity Foundation“

eine internationale Konferenz zum Thema „Das Christentum und die Modernisierung“ veranstalteten. Bei dieser Konferenz ging es um eine für die staatlichen Institute neue Fragestellung. Bisher hatten sie ihre Aufgabe so verstanden, für die Staats- und Parteiorgane die Religionen in Übereinstimmung mit der marxistischen Religionstheorie daraufhin zu untersuchen, ob sie Zeichen ihres graduellen Verschwindens aufwiesen oder nicht. Angesichts der nicht zu leugnenden Tatsache, daß mit der relativen Öffnung der Religionspolitik in der VR China die Religionen allgemein und das Christentum im besonderen ein starkes Wachstum zeigen, sind die staatlichen Stellen daran interessiert, zu untersuchen, welche positive Rolle die Religionen für den Prozeß der Modernisierung in China spielen könnten. Auch wenn die Konferenz selbst keine spektakulären Ergebnisse erbrachte, so sind die Fragestellung als solche und die während der Konferenz zwischen ausländischen und chinesischen Fachleuten geknüpften Verbindungen doch von erheblicher Bedeutung für die chinesische Religionspolitik und für die gesellschaftliche Stellung der christlichen Kirchen.

Eine viel größere Herausforderung als die staatliche Religionspolitik liegt für die christlichen Kirchen in der Auseinandersetzung mit einem Wirtschaftswachstum, das zwar offiziell immer noch mit „sozialistischer Marktwirtschaft“ umschrieben wird, aber in den meisten seiner Erscheinungsformen eher an primitiven Frühkapitalismus mit all seinen negativen Merkmalen erinnert. Die Kirchen in China stehen unter dem Druck, ihre Identität und pastoralen Aufgaben in der sich wandelnden Gesellschaft neu zu bestimmen. Alle Kirchen tun sich schwer mit dieser Aufgabe. Ihr Minderheitenstatus läßt ihnen nicht viele Möglichkeiten, in stärkerem Maß gestaltend in den gesamtgesellschaftlichen Prozeß einzugreifen. Protestantische Theologen z. B. bemängeln, daß die protestantische Theologie in China zu lange Weltflucht und Eskapismus vor den Herausforderungen und Versuchen einer bösen Welt gepredigt habe und angesichts des neuen Reichtums und der besseren Lebensbedingungen kaum positive Impulse für die Christen und die Menschen außerhalb der Kirche zu geben imstande sei.

Die Frage, ob es im *Verhältnis zwischen der VR China und dem Heiligen Stuhl* Anzeichen der Annäherung gibt, gehört zu den Dauerthemen der kirchlichen Chinaberichterstattung. Wird es Johannes Paul II. endlich vergönnt sein, die lange geplante und gewünschte Reise in das „Land der Mitte“ doch noch anzutreten? Es gibt es das Signal von Manila zu Beginn dieses Jahres, als es einer offiziellen katholischen Delegation aus der VR China erstmals gestattet wurde, an einer internationalen Tagung, dem Welttag der katholischen Jugend, teilzunehmen, bei der als prominenter Gast der Papst anwesend war. Die 20 Personen starke chinesische Delegation von katholischen Jugendlichen, Ordensschwestern und Priestern sowie den unvermeidlichen Kadern der Partei fand viel Presseaufmerksamkeit in Manila. Die fast panischen Reaktionen der chinesischen Delegation bei einem Zwischenfall gleich zu Beginn der Konferenz, als

auf einmal – entgegen offiziellen Absprachen – Fahnen von Taiwan bei einer Veranstaltung zu sehen waren, zeugten von Unsicherheit und Empfindlichkeit. Es war den Vermittlerfähigkeiten von Kardinal Sin zu verdanken, daß diese Krise nicht zur vorzeitigen Abreise der Delegation führte. Umstritten ist, ob die Priester innerhalb der chinesischen Delegation vor der Teilnahme an der Konzelebration während der großen Papstmesse aufgefordert wurden, ein gesonder-tes Glaubensbekenntnis abzulegen, wie dies in einigen Agenturmeldungen zu lesen war.

Trotz dieser Empfindlichkeiten und der allgemeinen Nervosität wurde die Teilnahme einer chinesischen Delegation von den Teilnehmern selbst und von den Veranstaltern als ein wichtiges Zeichen auf dem Weg zu einer Normalisierung der Beziehungen gesehen. In seiner Botschaft an die Katholiken auf dem Festland betonte Johannes Paul II., daß alle Katholiken in Gemeinschaft mit dem Papst als Nachfolger Petri stehen müßten. Weiter forderte er alle Gruppen in der chinesischen Kirche auf, sich um Verständnis, Respekt, Geduld, Bereitschaft zur Vergebung und Versöhnung zu bemühen. Offiziell wiederholte der chinesische Botschafter in den Philippinen zwar die gängigen Formeln, die wie eine Mantrabschwörung regelmäßig von chinesischer Seite abgegeben werden, daß vor einer Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und dem Heiligen Stuhl die seitens des Vatikans noch bestehende diplomatische Vertretung – des Vatikans nur auf der diplomatisch niedrigsten Stufe eines Geschäftsträgers – mit Taiwan aufgegeben werden müsse, und sich zweitens der Vatikan der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas – gemeint sind in erster Linie Bischofsernennungen in China durch den Papst – zu enthalten habe. Insgesamt hatten Beobachter aber den Eindruck, daß von beiden Seiten Bereitschaft gezeigt wurde, positiv aufeinander zuzugehen.

Der bekannte Theologe und gegenwärtig Provinzial der Jesuiten für China, *Aloysius B. Chang SJ* aus Taiwan, hat die in der VR China von den verschiedenen Gremien der „patriotischen Vereinigung“, der chinesischen Bischofskonferenz und anderen Stellen veröffentlichten Erklärungen zum Verhältnis zwischen Staat und Kirche und dem Selbstverständnis der chinesischen katholischen Kirche untersucht. In dieser von einer Reihe von Zeitschriften veröffentlichten Untersuchung stellt er sachlich klar und abgewogen einige Punkte heraus, in denen die katholische Kirche Chinas sich von anderen Teilen der Weltkirche in ihrem Verhältnis zum Staat und in der Akzeptanz von staatlichen Kontrollmaßnahmen unterscheidet. Der Beitrag zeigt, daß es weniger theologisch-ekklesiologisch abweichende Theorien sind, die die katholische Kirche in China gegenwärtig an normalen Beziehungen zum Papst und zum Ganzen der Weltkirche hindern, sondern eher Relikte aus der Zeit der Verdächtigung der chinesischen Kirche als unzuverlässig in Sachen Patriotismus und der daraus resultierenden übermäßigen staatlichen Kontrolle.

Es gibt aber auch kritische Stimmen, die bemängeln, daß die Studie Changs wieder Wunden aufreißt und zur Verunsiche-

rung gerade junger Priester in der offenen Kirche beitrüge. Es wird angemahnt, eine ähnliche Bewertung der Positionen der Untergrundkirche vorzunehmen, in deren Reihen zum Teil abenteuerliche Vorstellungen über theologische und vor allem kirchenrechtliche Fragen herrschten. In ihrer Polemik gegenüber den in der offenen Kirche mitarbeitenden Bischöfen und Priestern verurteilen sie deren Tätigkeit oft in Bausch und Bogen und sprechen ihnen generell die Vollmacht ab, Sakramente gültig spenden zu können. Auch im Ausland werden sie oft ohne Diskretion unterstützt. In den USA ist es vor allem die „Cardinal Kung Foundation“, die von *Joseph Kung*, einem Neffen des Kardinals und Erzbischofs von Shanghai, *Ignatius Gong [Kung] Pin-mei*, der 94jährig in den USA lebt, geleitet wird. Im Newsletter dieser Stiftung wird z. B. behauptet: „Es ist ein fairer Kommentar, wenn man festhält, daß die Patriotische Vereinigung genauso schismatisch ist wie die russische oder die griechisch-orthodoxe Kirche.“

Die Zahl der Christen läßt sich nur schätzen

Zum wiederholten Mal war Bischof *Aloysius Jin Luxian SJ* von Shanghai im April und Mai zu Besuch in Deutschland und in der Schweiz. Am Rande dieses eigentlich privaten Besuches kam es zu einer Vielzahl von Begegnungen mit Vertretern kirchlicher Hilfswerke, Bischöfen, Ordensleuten, Auslandschinesen und anderen Institutionen. Bischof Jin, der als Bischof von Shanghai, als Rektor des großen regionalen Priesterseminars von Sheshan und als Verantwortlicher für die Priesterausbildung in der chinesischen Bischofskonferenz zu den herausragenden Vertretern der offenen katholischen Kirche in China zählt, zeichnet sich durch seine klaren Analysen der gegenwärtigen kirchlichen Situation in China aus, die er in mehreren europäischen Sprachen geschickt und wortgewaltig vortragen kann. In einem Interview mit der Zeitschrift „China Heute“ (Heft 3/1994, 74–80) zeichnet Bischof Jin ein nüchternes Bild der gegenwärtigen Situation der katholischen Kirche in China. Eher traurig und ganz und gar nicht polemisch behandelt er die heikle Frage des in vielen Regionen Chinas so belasteten Verhältnisses zwischen der offiziellen Kirche und den im Untergrund operierenden Bischöfen und Priestern.

Seine Hoffnung setzt Jin auf eine baldige Normalisierung des Verhältnisses zwischen dem Heiligen Stuhl und China, die eine Aufarbeitung der Spannungen und eine ehrliche Versöhnung der zerstrittenen Gruppen bringen könnte. Offen spricht er auch die Probleme innerhalb der offiziellen Kirche an, deren Bischöfe es in einigen Diözesen immer noch schwer haben, ihre Autorität gegenüber den Vertretern der patriotischen Vereinigung durchzusetzen. Die chinesische Bischofskonferenz ist auf dem Papier inzwischen eindeutig das entscheidende Gremium. De facto gibt es aber Schwierigkeiten, die verhindern, daß die Bischofskonferenz regelmäßig zusammentritt und tatsächlich die Geschäfte der

chinesischen Kirche kontinuierlich auf Landesebene koordinieren und leiten könnte.

Ein kontrovers diskutiertes Thema sind seit langem die statistischen Angaben zur Zahl der katholischen und protestantischen Christen in der VR China. Von beiden offiziell von der Regierung anerkannten zentralen kirchlichen Organisationen werden auf Anfrage Zahlen genannt; konkret für die katholische Kirche in China vier Millionen Katholiken und für die protestantischen Christen, die im chinesischen Christenrat organisiert sind, sieben Millionen. Unter ausländischen Beobachtern herrscht zumindest Übereinstimmung darin, daß diese Zahlen wesentlich zu niedrig angesetzt sind. Wie hoch man dann jeweils die Zahlen ansetzt, ist sehr unterschiedlich und hängt davon ab, ob man z. B. bei der Zahl der Katholiken nur diejenigen berücksichtigt, die von

der offiziellen Kirche genannt werden, oder auch die Katholiken einbezieht, die zu den verschiedenen Gruppen der sog. Untergrundkirche gehören. Je nachdem kommt man auf eine Zahl zwischen 10 und 16 Millionen Katholiken. Ähnlich divergierende Zahlenangaben gibt es auch für die protestantischen Christen, die von 11 Millionen, wie sie die Diakoniestiftung „Amity Foundation“ vorschlägt, über 18,7 Millionen, die vom „News Network International“ genannt werden, bis zu 60 Millionen gehen, wie sie das in Hongkong stationierte „Chinese Church Research Center“ verbreitet. Bei aller Divergenz des vorgelegten Zahlenmaterials herrscht Übereinstimmung darüber, daß die christlichen Kirchen wachsen und daß die Zahl der Sympathisanten wesentlich größer ist als die der durch Taufe in die Kirche aufgenommenen Personen.

Georg Evers

Ein Land am Scheideweg

Zimbabwe fünfzehn Jahre nach der Unabhängigkeit

Eine schwere Dürre hat die Versorgungssituation in Zimbabwe deutlich verschlechtert. Es sind aber nicht nur die Folgen der Trockenheit, die dazu geführt haben, daß rund die Hälfte der Bevölkerung von Nahrungsmittelhilfe abhängig ist. Mißmanagement und eine unvollendete Landreform haben zur Verbreitung des Hungers beigetragen. Eine wirtschaftliche Robbkur hat die Inflation verringert, die Armut jedoch vergrößert. Nach einem im großen und ganzen glänzenden Start in die Unabhängigkeit 1980 steht das ehemalige Südrhodesien heute am Scheideweg.

Die jüngste Dürre in Zimbabwe bedroht die Existenz von etwa fünf Millionen Menschen und hat die Verarmung einer breiten Bevölkerungsschicht deutlich gemacht. Nur drei Jahre nach der sogenannten „Jahrhundertdürre“ von 1992 haben Regenausfälle mit Ernteeinbußen von bis zu 60 Prozent zur Ausrufung des Notstandes geführt. Auch wenn es durch großangelegte Nahrungsmittelprogramme der Regierung und Hilfsorganisationen bis zur nächsten Ernte im Mai 1996 voraussichtlich keine Hungertoten geben wird, bleiben die bedrohlichen Folgen von Unter- und Mangelernährung für Kleinkinder, kranke und alte Menschen bestehen. Durch die Folgen der Dürre verliert Zimbabwe etwa 130 Millionen DM an Devisen aus dem Export von Agrargütern. Eine ähnlich hohe Summe muß das Land für die Einfuhr von Mais und Weizen ausgeben.

Diese Verluste treffen Zimbabwe in seiner wirtschaftlich und sozial schwierigen Situation: In dem einstigen Musterland des südlichen Afrika gärt die Unzufriedenheit einer wachsenden Zahl von Menschen, deren Lebensstandard sich in den letzten Jahren ständig verschlechtert hat. Auf diesem Hintergrund mag es auf den ersten Blick erstaunen, daß die seit der Unabhängigkeit 1980 regierende Partei ZANU (Afrikanische Nationalunion Zimbabwes) bei den Parla-

mentswahlen im April dieses Jahres 98 Prozent aller Sitze errungen hat. Unter Führung ihres Vorsitzenden und Staatspräsidenten *Robert Mugabe* gelang ihr in den vergangenen 15 Jahren die Transformation des weißen Apartheidstaates Südrhodesien in die Republik Zimbabwe ohne Bürgerkrieg und zerstörerische Politikämpfe.

Im Gegenzug hat sich Zimbabwe de facto im Lauf seiner kurzen Geschichte zum *Einparteienstaat* entwickelt. Angesichts der fast übermächtigen Herausforderungen zu Beginn der Unabhängigkeit propagierte die ZANU eine Ideologie des Nationalismus, die wesentliche gesellschaftliche Gruppen einschloß und kaum Platz für Oppositionsparteien ließ. Die Kontrolle der Medien und nicht zuletzt das Mehrheitswahlrecht trugen dazu bei, daß selbst Oppositionsparteien mit zweistelligen Prozentgewinnen keinen Einzug ins Parlament schafften und zum Teil wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwanden. Die politische Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegenüber der langjährigen „Zanukratie“ drückt sich besonders auch in der zurückgehenden Wahlbeteiligung aus. Nach der von der Katholischen Kommission Gerechtigkeit und Frieden als „frei, aber kaum fair“ beurteilten Wahl vom April kann der mittlerweile siebzigjährige Robert Mugabe sein Land in das nächste Jahrtausend führen.